



Brüssel, 06. März 2025

„Eine Kette ist nur so stark, wie ihr schwächstes Glied.“

EU.Pol Positionspapier: Stärkung der inneren Sicherheit in Europa und die dringende Notwendigkeit der verstärkten Zusammenarbeit bei der inneren Sicherheit innerhalb Europas.

Einführung

Europa steht einer zunehmend komplexen Sicherheitslandschaft gegenüber. Während sich der Fokus auf Zusammenarbeit bei der äußeren Sicherheit aufgrund von geopolitischen Veränderungen verschärft, bleibt die innere Sicherheit gleichermaßen von entscheidender Bedeutung. Der Rückzug der Vereinigten Staaten aus den traditionellen Allianzen sowie ihre veränderliche Außenpolitik erfordern, dass Europa größere Verantwortung für die eigene Sicherheit übernimmt. Der fortwährende Krieg in der Ukraine hat die direkte Verbindung zwischen äußerer und innerer Sicherheit nochmals hervorgehoben. Bedrohungen durch staatliche Akteure sind nicht mehr nur auf Europas Grenzen beschränkt; sie werden auch innerhalb unserer Gesellschaften sichtbar und nehmen Institutionen, Infrastruktur und öffentliche Sicherheit ins Visier. Wir brauchen eine starke innere Sicherheitsstrategie, um das Bestreben nach äußerer Verteidigung zu komplementieren und Europas Stabilität zu gewährleisten.

Der Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Sicherheit

Der Unterschied zwischen äußerer und innerer Sicherheit verschwimmt immer mehr. Cyberspionage, Desinformationskampagnen und die Infiltration der kritischen Infrastruktur aus dem Ausland zeigen, dass die Bedrohung der inneren Stabilität sowohl von außerhalb als auch von innerhalb der europäischen Grenzen kommt. Organisierte kriminelle Netzwerke, die oft mit internationalen Akteuren in Verbindung stehen, nutzen die Schwächen in den nationalen Sicherheitsstrukturen aus, wodurch illegale Aktivitäten wie beispielsweise Drogenhandel, Menschenhandel und Finanzkriminalität begünstigt werden und damit das öffentliche Vertrauen und die wirtschaftliche Stabilität untergraben wird. Eine fragmentierte Vorgehensweise der inneren Sicherheit macht Europa gegenüber diesen aufkommenden Bedrohungen verletzlich.

www.eu-pol.eu



Schwerpunkte für eine verstärkte Zusammenarbeit

1. Verbessertes Informationsaustausch

- Nationale Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden müssen über effiziente Mechanismen verfügen, um Informationen über grenzübergreifende Bedrohungen auszutauschen.
- Die Stärkung von EUROPOLs Rolle bei der Koordinierung der Informationen über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinaus wird von entscheidender Bedeutung sein.
- Es muss ein sicherer Datenaustausch in Echtzeit implementiert werden, um kriminellen Netzwerken, die in allen Zuständigkeitsbereichen agieren, auf die Spur zu kommen.
- Das Gleichgewicht zwischen Datenschutz und effektiver Polizeiarbeit muss gewissenhaft gewahrt werden. Datenschutz ist zwar unentbehrlich, jedoch darf er nicht die Möglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden behindern, kritische Informationen grenzübergreifend austauschen und zusammenführen zu können. Ein klarer europäischer Rechtsrahmen ist notwendig, um Datenschutz mit Leistungsfähigkeit zu harmonisieren.

2. Gemeinsame operative Strukturen

- Die Einrichtung multinationaler Ermittlungs- und Strafverfolgungsteams innerhalb des EU-Rahmens würde die grenzübergreifende Verbrechensbekämpfung verbessern.
- Zur Bekämpfung von Menschenhandel, Cyberkriminalität und organisiertem Verbrechen müssen koordinierte Polizeieinsätze ausgeweitet werden.
- Standardisierte Trainingsprogramme der europäischen Strafverfolgungsbehörden würde ein einheitliches Vorgehen bei auftretenden Sicherheits Herausforderungen ermöglichen.
- Leuchtturmprojekte, wie z. B. die deutsch-französische Einsatzeinheit (DFEE), gelten als Beispiele bewährter Praktiken einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Solche erfolgreichen Modelle in ganz Europa auszuweiten und nachzumachen, sollte Priorität haben.

3. Harmonisierung des Rechts und der Politik

- Unterschiede in der nationalen Sicherheitspolitik erzeugen Lücken in der Durchsetzung, die von kriminellen Netzwerken ausgenutzt werden. Besser abgestimmte Rahmenbedingungen für die Überwachung transnationaler Kriminalität sind unerlässlich.
- Die obligatorische Speicherung von Verbindungsdaten der digitalen Kommunikation, insbesondere von IP-Adressen, ist besonders für die Verfolgung und Ermittlung schwerer Straftaten wichtig. Sämtliche nationale Polizeibehörden müssen in der Lage sein, auf gespeicherte Daten bei den Service-Providern zuzugreifen.
- Durch die Stärkung der Mechanismen für die justizielle Zusammenarbeit, wie z. B. European Arrest Warrant und EUROJUST wird die Wirksamkeit der grenzübergreifenden Strafverfolgung verbessert.



4. Widerstandsfähigkeit gegen hybride Bedrohungen

- Europa muss seine Investitionen erhöhen und Cyberbedrohungen, Desinformationskampagnen und wirtschaftlichem Zwang von ausländischen Akteuren entgegenwirken.
- Die Strafverfolgung sollte mit speziellen Tools ausgerüstet sein, um hybride Bedrohungen, die es auf demokratische Institutionen und das öffentliche Vertrauen abgesehen haben, aufzuspüren und zu neutralisieren.
- Es sollte ein europäisches Informationscenter für hybride Bedrohungen eingerichtet werden, um Mitgliedstaaten bei der Entwicklung adaptiver Sicherheitsstrategien zu unterstützen.
- Es muss eine europäische Strategie zur Widerstandsfähigkeit entwickelt werden, deren Ziel es ist, Zusammenarbeit und Informationsaustausch zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden zu fördern und somit eine koordinierte Reaktion auf eine Krisensituation zu ermöglichen. Ein Baustein davon ist die verbesserte Zusammenarbeit auf technischer Ebene und ein anschauliches Beispiel dafür, dass der Bedarf der Rettungsdienste in Europa bei der anstehenden Vergabe von Mobilfunkfrequenzen gezielt berücksichtigt werden muss. Darüber hinaus müssen grenzübergreifendes Training sowie Übungen, Material und Personal koordiniert werden, um die Fähigkeiten und die Flexibilität der Sicherheitskräfte bei der Krisenbewältigung zu verbessern. Für die Gewährleistung der Sicherheit und des Wohlergehens der Bürger in ganz Europa, auch in Krisenzeiten, ist dies von entscheidender Bedeutung.

5. Harmonisierung der Polizeisprache und der Arbeitsbedingungen

- Engere Zusammenarbeit bei der inneren Sicherheit setzt voraus, dass die europäischen Polizeiorganisationen eine einheitlichere Vorgehensweise bei der Strafverfolgungsterminologie und den operativen Verfahren entwickeln.
- Grenzübergreifende polizeiliche Zusammenarbeit kann nur dann reibungslos funktionieren, wenn zusätzlich zum Rechtsrahmen die kulturelle und sprachliche Integration der Polizei und ihrer Beschäftigten in ganz Europa verbessert wird. Vor diesem Hintergrund muss das europäische ERASMUS- und Austauschprogramm für Polizeibeschäftigte erweitert und der Zugang dazu erleichtert werden. Die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsrechte und der demokratischen Prinzipien, unter denen Polizeibeschäftigte arbeiten, werden das Vertrauen und die Kohärenz innerhalb der europäischen Polizeistrukturen stärken.

6. Finanzierung und Ressourcen für die innere Sicherheit

- Die Stärkung der inneren Sicherheit bedarf einer nachhaltigen Finanzierung. Die EU sollte daher einen speziell dafür vorgesehenen europäischen Fonds für die innere Sicherheit in Erwägung ziehen, ähnlich dem europäischen Verteidigungsfonds.
- Für die Unterstützung der grenzübergreifenden Strafverfolgungsinitiativen und der operativen Zusammenarbeit sollten mehr finanzielle Mittel zugeteilt werden.
- Es sollten gezielte Strukturförderprogrammen für die großstädtischen Ballungsgebiete auf europäischer Ebene mit dem Ziel der Stärkung der Sicherheit und der interkulturellen Zusammenarbeit initiiert werden.
- Der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sollte kohärente Mittel für die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung sowie zur Gewährleistung der Stabilität und langfristigen Planung für Sicherheitsinitiativen bereitstellen.



7. Technologie und Innovation für die Sicherheitsmaßnahmen

- Investitionen in KI unterstützte Überwachung, prädiktive Analytik und digitale Forensik verbessern die Fähigkeiten der Strafverfolgungsbehörden, Bedrohungen proaktiv aufzuspüren und zu zerschlagen.
- Es ist unbedingt notwendig, die Koordinationsanstrengungen in allen EU-Mitgliedsstaaten in Sachen Cybersicherheit zu erhöhen, um großangelegte Cyberangriffe zu verhindern.
- Die EU sollte einen Rahmen für gemeinsame Technologieprojekte schaffen, der es den Polizeiorganisationen ermöglicht, von hochmodernen Sicherheitslösungen zu profitieren.
- Wir setzen uns für die Einrichtung eines europäischen Pools ein, der mit modernster Technik und Ausrüstung ausgestattet ist, um grenzübergreifende Sondereinsätze effizient zu bewältigen.

8. Schutz der zivilen Freiheiten und demokratischen Prinzipien

- Bei der Stärkung der inneren Sicherheit muss Europa sicherstellen, dass die Grundrechte und die Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und Rechenschaftspflicht von den polizeilichen Maßnahmen respektiert werden.
- Es sollten strenge Überwachungsmechanismen eingerichtet werden, um das Gleichgewicht zwischen den Sicherheitsanstrengungen und der Freiheit des Individuums zu wahren.
- Die EU-Institutionen müssen für die Nutzung von polizeilichen Überwachungstools und KI-unterstützten Mitteln klare ethische Richtlinien entwickeln.

9. Schnelle Reaktion und Krisenmanagement

- Europa muss ein Rahmenwerk für koordinierte Reaktionen auf Krisen entwickeln, damit auf Sicherheitskrisen mit dem schnellen Einsatz von Strafverfolgungsressourcen reagiert werden kann.
- Es sollte eine EU-weite Kommandozentrale für innere Sicherheit zwecks Koordinierung von Notfallmaßnahmen gegen Cyberbedrohungen, terroristische Vorfälle und hybride Angriffe geschaffen werden.
- Damit würde Europa schnell auf sicherheitstechnische Herausforderungen ohne Verzögerungen durch fragmentierte nationale Reaktionen reagieren können.

10. Öffentlich-private Partnerschaften für Sicherheit

- Sicherheit liegt nicht nur ausschließlich in der Verantwortung der Strafverfolgungsbehörden. Die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor, wie zum Beispiel mit Tech-Firmen, Finanzinstituten und Dienstleistern im Bereich der Infrastruktur spielt eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität, Betrug und Datenschutzverletzungen.
- Durch gemeinsame Bemühungen mit Flughäfen, Häfen und Logistikzentren können die Anstrengungen im Kampf gegen illegalen Handel um Schmuggel verbessert werden.
- Öffentlich-private Partnerschaften sollten durch Sicherheitsinitiativen der EU, welche die Fähigkeiten der Strafverfolgungsbehörden mit dem Fachwissen des Unternehmenssektors koordinieren, formalisiert werden.

11. Stärkung der EU-Agenturen, Verbesserung der Attraktivität der europäischen Agenturen als Arbeitgeber

- Durch die Stärkung von Frontex würde der Fokus auf die äußeren Grenzen verschoben und somit die Notwendigkeit nationaler Kontrollen an den inneren Grenzen reduziert werden können. Das würde die Freizügigkeit innerhalb der Schengen-Gebiete unterstützen, während die Sicherheit gewährleistet ist. Außerdem würde ein gut ausgestatteter europäischer Ressourcenpool den nationalen Polizeikräften bei Bedarf Zugriff auf modernste Technik und Ausrüstung gewähren, ohne dass jedes einzelne Land große Investitionen tätigen muss.



Das bedeutet:

- Frontex muss mit zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen sowie mit vermehrten Einsatzfähigkeiten gestärkt werden. Das Mandat, die Außengrenzen der EU zu sichern, sollte weiterentwickelt werden, um effektive Einwanderungskontrollen sicherzustellen und die Notwendigkeit von Polizeimaßnahmen an den inneren Grenzen zu reduzieren.
- Zusätzlich brauchen wir einen europäischen Pool von hochentwickelter Technik und Ausrüstung, welche den nationalen Polizeikräften schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden kann.
- Einheitliche und attraktive Arbeitsbedingungen, wie beispielsweise harmonisierte Arbeitszeiten, faire Urlaubsregelungen und angemessene Entschädigung für im Dienst erlittene Verletzungen sind notwendig, um Frontex zu einem zukunftsorientierten Arbeitgeber der nationalen Polizei zu machen. Die Mitwirkung der Beschäftigten ist ebenso ein entscheidender Faktor. Stärkere institutionelle Beteiligung würde Vertrauen in die Organisation schaffen und die Zufriedenheit am Arbeitsplatz erhöhen. Darüber hinaus ist eine faire Gehaltsstruktur erforderlich. Von einem attraktiveren Arbeitsumfeld in den europäischen Sicherheitsbehörden würden nicht nur die Arbeitnehmer profitieren, sondern es ist auch eine notwendige Maßnahme, um langfristig eine starke, effiziente und gut besetzte europäische Sicherheitsstruktur zu gewährleisten.

Insbesondere:

- Um Personal einzustellen und langfristig zu halten, müssen europäische Sicherheitsbehörden wie Frontex als Arbeitgeber attraktiver werden. Dazu gehören auch einheitliche und hohe Standards in Bereichen wie Arbeitszeiten, Urlaubsregelungen, Vergütung und Entschädigung für Einsätze.
- Zur Gewährleistung fairer und transparenter Arbeitsbedingungen müssen verbindliche Mitwirkungsrechte der Polizeiangehörigen in den europäischen Behörden eingerichtet werden.
- Damit die europäischen Behörden in wirtschaftlich starken Ländern für Arbeitnehmer reizvoller werden, sind gezielte Maßnahmen nötig, unter anderem wettbewerbsfähige Bezahlung und verbesserte Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig darf die nationale Polizei in wirtschaftlich schwächeren Ländern keinen Personalmangel erleiden, weil europäische Behörden wie Frontex dort bessere Bedingungen anbieten. Die Gestaltung der europäischen Sicherheitsstruktur muss ein Gleichgewicht zwischen der Stärkung der europäischen Behörden und der Aufrechterhaltung der personellen Kapazitäten bei den nationalen Polizeikräften schaffen.

Die Rolle von EU.Pol

Als europäische Föderation der Polizeigewerkschaften spielt EU.Pol eine wichtige Rolle beim Schutz der Rechte, Arbeitsbedingungen und beruflichen Standards für Beschäftigte im Bereich der Strafverfolgung in ganz Europa. Bei der Stärkung der inneren Sicherheit geht es nicht nur um die Verbesserung der Einsatzfähigkeit, sondern auch um die Gewährleistung, dass Polizeibeschäftigte unter fairen und standardisierten Arbeitsbedingungen, die ihr Wohlergehen und ihre Leistungsfähigkeit fördern, arbeiten.



Dafür setzt sich EU.Pol ein:

- Harmonisierung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitnehmerrechte für Polizeibeschäftigte in ganz Europa, einschließlich fairer Löhne, adäquaten Arbeitszeiten und Zugang zu angemessenen Unterstützungsstrukturen.
- Europäischer Rahmen für das Wohl von Polizeibeschäftigten mit geeigneter psychologischer Unterstützung, psychiatrischer Versorgung und Programmen zur Auswertung von Vorfällen.
- Errichtung von europäischen Mindeststandards der Arbeitnehmerrechte für Polizeibeschäftigte, um zu gewährleisten, dass sie nicht überlastet werden und faire Aufstiegschancen bekommen.
- Bessere Mitbestimmung in den EU-Sicherheitsagenturen. Schaffung einer Sozialcharta für Polizeibeschäftigte, welche die Grundrechte und die Verantwortlichkeiten von Polizeibeschäftigten in allen Mitgliedsstaaten darlegt.
- Ständiges europäisches Beratungsorgan in der Strafverfolgung (einschließlich der EU Polizeigewerkschaften), zur Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten bei der Gestaltung der Sicherheitspolitik der EU.
- Ausdruck der Wertschätzung aktiver und ehemaliger Polizeibeschäftigter in ganz Europa: Mit vollem Einsatz und Idealismus sorgen Polizeibeschäftigte und Sicherheitskräfte in ganz Europa 365 Tage im Jahr für unsere Sicherheit und Freiheit. Die Erfahrungen, die sie im Dienst machen, prägen sie weit über den Ruhestand hinaus. Um diesen Menschen unsere Wertschätzung zu zeigen, schlagen wir die Einführung des „Police Day“ am 01. Oktober jeden Jahres als einen europäischen Aktionstag vor.
- Mehr Mittel für grenzübergreifende Polizeiinitiativen, gemeinsame Trainingsprogramme und Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung.
- Die Einrichtung von EU Polizeiüberwachungsmechanismen zur jährlichen Bewertung und Berichterstattung der Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmerrechte und des Wohlergehens der Polizeibeschäftigten in allen Mitgliedstaaten.

EU.Pol setzt sich für diese Prioritäten ein, um sicherzustellen, dass Polizeibeschäftigte ausgerüstet, geschützt und ermächtigt sind, die Sicherheit in einem sich verändernden Europa aufrechtzuerhalten. Die Stärkung der inneren Sicherheit bedarf nicht nur besserer operativer Strukturen, sondern auch Engagement für das Wohlergehen und die berufliche Integrität derjenigen, die das Gesetz durchsetzen.

Fazit und Aufruf zum Handeln

Das sich ändernde globale Sicherheitsumfeld verlangt nach neuen Vorgehensweisen hinsichtlich der inneren Sicherheit in Europa. Für den Schutz der europäischen Bürger und den europäischen Institutionen ist eine umfassende Strategie, welche die Bemühungen für die äußere und innere Sicherheit kombiniert, erforderlich. Den Strafverfolgungsbehörden muss durch bessere Rahmenwerke für die Zusammenarbeit, den Mechanismen für Informationsaustausch und die gemeinsamen operativen Fähigkeiten mehr Macht gegeben werden. EU.Pol drängt die europäischen Gesetzgeber und Strafverfolgungsbehörden, Priorität auf die innere Sicherheit als Stützpfeiler für Stabilität und Widerstandsfähigkeit in Europa zu setzen.



Wenn wir in einen kohäsiven Sicherheitsrahmen investieren, kann Europa sicherstellen, dass seine inneren Sicherheitsstrukturen so stark sind, wie seine äußeren Verteidigungsmechanismen und einen sichereren und widerstandsfähigeren Kontinent schaffen. Deshalb müssen wir in Zusammenarbeit, Harmonisierung und dem Wohlergehen jener, die Recht und Ordnung aufrechterhalten, investieren. Dazu brauchen wir robuste Strukturen, nachhaltige Finanzierung und ein gemeinsames Engagement zur Modernisierung der Polizeiarbeit. Dennoch, kein Sicherheitsrahmen kann erfolgreich sein, wenn Schwächen nicht angegangen werden - **eine Kette ist nur so stark, wie ihr schwächstes Glied**. Durch die Stärkung jedes Glieds, können wir ein sichereres und widerstandfähigeres Europa für alle schaffen.



**Gewerkschaft
der Polizei**



www.eu-pol.eu

